WP27 C. Freiheit schützen – Vielfalt leben 4. Religion und Weltanschauung: vielfältig und offen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 20.12.2023

Tagesordnungspunkt: 8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Religion und Weltanschauung: vielfältig und

₂ offen

- Unsere Gesellschaft ist auch in Thüringen im Bereich der Religionen und
- Weltanschauungen in den letzten 30 Jahren deutlich vielfältiger geworden.
- Aus diesem Grund ist es unser Ziel, das Verständnis und die Toleranz für
- unterschiedliche Glaubensrichtungen und Weltanschauungen zu fördern. Den
- 7 Austausch und die Reflexion über die Grundüberzeugungen halten wir für
- 8 notwendig, um den wechselseitigen Respekt füreinander zu stärken. Deshalb
- möchten wir interreligiöser Begegnung und Dialog in der Schule mehr Raum geben
- und den Unterricht in den Fächern Religionen und Ethik über einen "Thüringer
- 11 Weg" neu organisieren.
- Gerade Jüdinnen und Juden, aber auch Muslim*innen können in Thüringen immer
- 13 häufiger nicht offen zu ihrem Glauben stehen. So haben beispielsweise Jüdinnen
- 14 und Juden mit starkem Antisemitismus und Anfeindungen zu kämpfen. Dem treten wir
- entschieden entgegen und stehen solidarisch an der Seite der jüdischen Gemeinde
- 16 in Thüringen.

7 Kernziele:

- Fächer Ethik und Religionen um ein Dialogmodul für alle Schüler*innen ergänzen und Fächer inhaltlich und organisatorisch enger verzahnen, z.B. durch gemeinsame Projekte zu einem Thema
- Wechsel von gemeinsamen Lernzeiten und getrenntem konfessionellem bzw. Ethikunterricht)
- Dialogmodul und Ethik- bzw. Religionsmodule nacheinander im Laufe eines Schuljahres, z. B. in vierteljährlichem Wechsel unterrichten
 - Prüfen, inwieweit Religionsmodule auch für andere Religionsgemeinschaften (jüdisch, muslimisch) angeboten werden können, beispielsweise über Hybridunterricht
 - Um die Einflüsse von aus dem Ausland gelenkten Verbänden zu vermeiden wie bspw. in Hamburg – regelhaft in Deutschland für das Unterrichtsfach Religion ausgebildete und geprüfte Lehrkräfte einstellen
 - Angebot einer Supervision/Seelsorge/Resilienzstärkung für Pflegende (Arbeitgeber sollen verpflichtend das Angebot machen)
 - Stärkere Unterstützung der jüdischen Landesgemeinden, unter anderem durch bessere Schutzmaßnahmen